VAdM-Kurier

38. Ausgabe: Oktober 2022
Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten in der AfD — VAdM e. V.

Herzlich willkommen zur

38. Ausgabe unseres „VAdM-Kuriers“ im Oktober 2022

Inhalt:

editorial	Seite 1
Münster: Gedenkfeier Heimatvertrieben	Seite 2
Presseschau: Liveblog Krieg in der Ukraine	Seite 3
Schwerpunktthema: Ukraine	
Stepan Bandera und die ukrainische Exilregierung	Seite 4
Buchvorstellung : Rainer Thesen	Seite 5
Vormärz: Polen und Ruthenen	Seite 6
Neues aus dem Osten	Seite 7
Die Galizien-Auswanderung aus der Pfalz (Teil 3)	Seite 8
Die Reichgründung (Teil 13)	Seite 10
Rudolf Hollinger: Der Dramatiker (Teil 4)	Seite 12
Rumänien 1987: Hungerrevolte in Kronstadt	Seite 13
Reiseziele/Impressum	Seite 15

Karte Österreich-Ungarn: Wikipedia, Abruf 20. Okt. 2022

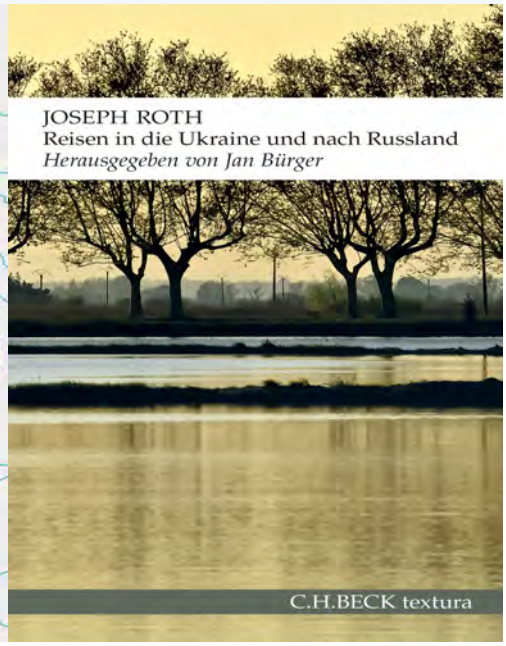
editorial

Angetrieben durch die Energiekrise und die Preisentwicklung für Lebensmittel in Folge des Ukrainekrieges ist die Inflationsrate im September auf 9,9 Prozent gestiegen: Dies ist ein weiterer Rekord seit der Einführung des Euro und noch höher als in den 1970-ern. Die Europäische Zentralbank erhöhte Ende Oktober den Leitzins, allerdings nach wie vor sehr zögerlich, auf derzeit 2 Prozent.

Durch die aufgelegten Entlastungspakete, die dem Bürger mit der Gießkanne etwas Entlastung versprechen, heizt aber die Bundesregierung die Inflationsspirale an, denn die derzeitige Krise benötigt mutige Schritte auf der Angebotsseite, insbesondere bei der Ausweitung des Angebots im Energiesektor. Die Händel um die Verlängerung der Kernkraftwerke hat nicht nur viel politisches Porzellan zerbrochen, sie haben auch die Wirtschaft zutiefst verunsichert, denn man kann in Deutschland nicht mehr mit Planungssicherheit rechnen.

Auch wenn vollmundig über ein sogenanntes Bürgergeld seitens der Ampelregierung debattiert wird, ist man die eklatante Rentenbenachteiligung der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler nach wie vor noch nicht angegangen.

Vadim Derksen *Herbert Karl*



AKTUELLES

Münster: Ergreifende Gedenkstunde für die deutschen Heimatvertriebenen

Von Felizitas Küble
20. Juni 2022

Am heutigen bundesweiten „Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung“, der seit 2015 jährlich begangen wird, gab es in Münster am Vertriebenen-Mahnmal auf dem Servatiiplatz am späten Nachmittag eine würdige Erinnerungsstunde.

Der BdV (Bund der Vertriebenen), die OMV(Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung in der CDU) sowie Schlesier aus der Grafschaft Glatz haben das Gedenken an die 14 Millionen deutschen Heimatvertriebenen gemeinsam organisiert.

Vertreter der Landsmannschaft Westpreußen und farbentragende Mitglieder der Franconia-Studentenverbindung in Münster nahmen ebenfalls an der ergreifenden Veranstaltung teil, die mit der gemeinsam gesungenen Nationalhymne feierlich beendet wurde.

Die Münsteraner BdV-Vorsitzende Roswitha Möller mußte 1945 bereits mit zwei Jahren aus Danzig flüchten. Die meisten Vertriebenen waren Frauen und Kinder, deren Männer zur Wehrmacht eingezogen worden waren.

Möller schilderte sodann den Ablauf der zentralen Veranstaltung in Berlin angesichts des heutigen Gedenktags, der vor sieben Jahren auf Betreiben der Unionsfraktion per Kabinettsbeschluß eingeführt worden war.

CDU-Ratsherr Stefan Leschniok erklärte, angesichts des Ukraine-Kriegs und der damit verbundenen Flüchtlingswelle würden sich viele deutsche Heimatvertriebene wieder an ihre eigene leidvolle Erfahrung des Heimatverlusts erinnern.

Harald Dierig schilderte in bewegenden Worten die Schlesier-Feierstunde im Landgestüt von Warendorf mit der Einweihung eines Lesepults, die von Großdechant Franz Jung aus Münster (pastoral zuständig für die Gläubigen aus der Grafschaft Glatz) geleitet wurde. Dabei sprachen sowohl Historiker wie auch Zeitzeugen, die zur Erlebnisgeneration gehören, über erschütternden Erfahrungen bei Krieg, Flucht und Vertreibung.

Dierig gehört zum Beirat der Grafschaft Glatz und ist Vorsitzender des „Denkmal Barackenlager Lette e. V.“. Diese Dauer-Ausstellung befindet sich im Heimathaus Lette bei Coesfeld.
Im Barackenlager Lette wurden nach dem Krieg tausende Menschen nach ihrer Flucht aufgenommen. Für ältere von ihnen diente der „Heidehof“ später als Seniorenheim. Im „Heidefriedhof“ wurden viele von ihnen bestattet, vor allem Landsleute aus Schlesien – inzwischen ist der Friedhof im Letter Bruch zu einer sehr sehenswerten und eindringlichen Gedenkstätte umgewandelt worden.

Die Feierstunde am städtischen Gedenkstein in Münster findet jährlich am 20. Juni statt.
Weitere Infos zum bundesweiten Gedenktag und zur Schändung des Mahnmals in Münster hier: Quelle: Christliches Forum
https://christlichesforum.info/20-juni-bundesweiter-gedenktag-fuer-die-deutschen-heimatvertriebenen/
https://christlichesforum.info/muenster-ergreifende-gedenkstunde-fuer-die-deutschen-heimatvertriebenen/?

Presseschau

Süddeutsche Zeitung: **Liveblog zum Krieg in der Ukraine**
Israels Botschaft wirft Melnyk Verharmlosung des Holocaust vor

1. Juli 2022,

Lars Langenau

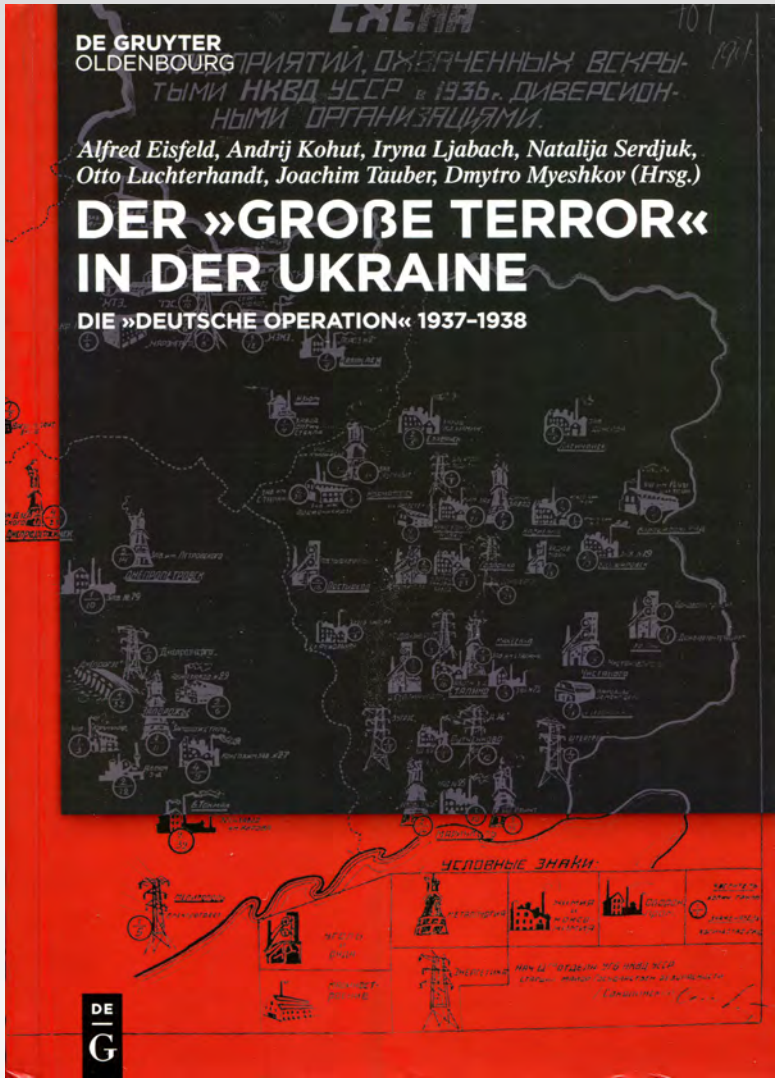
Israels Botschaft in Berlin wirft Melnyk Verharmlosung des Holocaust vor

Auch Israel kritisiert Äußerungen des ukrainischen Botschafters in Deutschland, Andrij Melnyk, über den umstrittenen ukrainischen Politiker und Partisanenführer Stepan Bandera im Zweiten Weltkrieg. Die Aussagen seien "eine Verzerrung der historischen Tatsachen, eine Verharmlosung des Holocausts und eine Beleidigung derer, die von Bandera und seinen Leuten ermordet wurden", schreibt die israelische Botschaft in Deutschland auf Twitter. Sie untergrüben zudem "den mutigen Kampf des ukrainischen Volkes, nach demokratischen Werten und in Frieden zu leben".

Auch Polen hatte zuvor die Äußerungen als absolut inakzeptabel gerügt. Das ukrainische Außenministerium, dem Melnyk unterstellt ist, bezeichnete die Aussagen über Stepan Bandera (1909-1959) als Melnyks persönliche Meinung, die nicht die offizielle Position wiedergebe. Melnyk selbst wollte sich nach Angaben einer Sprecherin der ukrainischen Botschaft in Berlin nicht erneut äußern. Zur Begründung hieß es, ein Botschafter könne nicht die Erklärungen des eigenen Außenministeriums kommentieren.

Melnyk hatte Bandera in einem Interview mit dem Journalisten Tilo Jung in Schutz genommen und gesagt: "Bandera war kein Massenmörder von Juden und Polen." Melnyk zufolge wurde die Figur Banderas gezielt von der Sowjetunion dämonisiert. Der Botschafter warf deutschen, polnischen und israelischen Historikern vor, dabei mitgespielt zu haben. "Ich bin dagegen, daß man all die Verbrechen Bandera in die Schuhe schiebt", sagte der Diplomat. "Es gibt keine Belege, daß Bandera-Truppen Hunderttausende Juden ermordet haben."

Bandera war ideologischer Führer des radikalen Flügels der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN). Nationalistische Partisanen aus dem Westen der Ukraine waren 1943 für ethnisch motivierte Vertreibungen verantwortlich, bei denen Zehntausende polnische Zivilisten ermordet wurden. Bandera floh nach dem Zweiten Weltkrieg nach Deutschland, wo er 1959 von einem Agenten des sowjetischen Geheimdienstes KGB ermordet wurde.



Die Bundesregierung verwies auf die Stellungnahme des ukrainischen Außenministeriums, das klargestellt habe, daß es sich um die persönliche Meinung des Botschafters handele. Man habe die Äußerungen Melnyks zur Kenntnis genommen, sagte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes in Berlin. Melnyk ist in Deutschland auch durch scharfe Kritik an der Ukraine-Politik der Bundesregierung bekannt. Am Donnerstag hatte der Diplomat zahlreiche deutsche Prominente, die sich in einem Appell für einen Waffenstillstand im Ukraine-Krieg aussprachen, als "Haufen pseudo-intellektueller Versager" tituliert.

Quelle: Süddeutsche Zeitung:
https://www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-krieg-newsblog-israel-melnyk-1.5606735?

Schwerpunktthema: Ukraine

Der Ukrainekrieg beherrscht nach wie vor die Schlagzeilen der Medien.
An dieser Stelle setzen wir unsere Streiflichter über diesen Konflikt weiter fort. Die Red.

Stepan Bandera und die ukrainische Exilregierung (1921 – 1992)
Teil 3

Die ukrainische Exilregierung schlug zumindest einen Rekord: Sie währte 71 Jahre lang. Ganz genau ab dem 7. Mai 1921 bis zum 22. August 1992. An ihrer Spitze standen fünf Männer, die unermüdlich für die Unabhängigkeit der Ukraine vom sowjetrussischen Imperialismus kämpften. Anfangs residierte man in Tarnow, dem oberschlesischen Tarnowitz,

> *„dann in Paris und Warschau, schließlich ab 1948 offiziell in Bayern, meist München, faktisch in den USA oder Kanada. International anerkannt wurde diese Regierung praktisch gar nicht; nur bei Exilukrainern fand sie Unterstützung“ (Kellerhoff).*

Nach dem Vormarsch der Mittelmächte und der Teilbefreiung der Ukraine – einer etwas unterbelichteten Laune der Geschichtsübermittlung – entstand vorerst einmal die Ukrainische Volksrepublik, auch bekannt unter: Ukrainische Sowjetische Volksrepublik, aus den ukrainischen Teilen des Zarenreichs. Wie der Name sagt, hatten die Bolschewiki hierbei schon Pate gestanden: Im heute wieder umkämpften Charkiw wurde im Dezember 1917 ein erstes *sowjetisches* Exekutivkomitee gegründet; dieses proklamierte am 17. (30.) Dezember 1917 die Ukrainische Volksrepublik.

Allerdings umfaßte diese Volksrepublik nur ein relativ kleines Gebiet um Charkiw herum in der Ostukraine. In den Revolutionswirren erklärte sich die Ukrainische Volksrepublik am 25. Januar 1918 unabhängig. Bereits am 9. Februar schloß die Ukrainische Volksrepublik mit den Mittelmächten einen separaten Frieden, den sogenannten Brotfrieden. Durch den Vormarsch der Sowjets geriet der ukrainische Zentralrat in Kiew unter Druck; der Einmarsch deutscher und österreichisch-ungarischer Verbände verhinderte den Fall der Volksrepublik.

Da die Ukrainische Volksrepublik sich nicht an die versprochenen Getreidelieferungen hielt, wurde mit Hilfe eines ehemaligen zaristischen Offiziers, Pawlo Skoropadskyi, einem Abkömmling der Saporoger Kosaken, gegen den Zentralrat geputscht. Diesem gelang es *erstmals, einen unabhängigen ukrainischen Staat* vom Don bis zum Bug zu errichten. Dieser befand sich aber nach wie vor im Krieg mit dem prosowjetischen Regime in Charkiw. Nach dem Zusammenbruch der Mittelmächte konnte sich das Hetmanat Skoropadskyis nicht mehr an der Macht halten.

Die Sowjets errichteten in Kiew die Ukrainische Sowjetrepublik; gleichzeitig existierte in der Gegend von Lemberg die Westukrainische Volksrepublik: Am 14. Januar 1919 vereinigten sich die beiden Volksrepubliken. In diese Gemengelage kam ein weiterer Akteur, die polnische Republik hinzu. Ende 1919 hielten polnische Verbände die gesamte Westukrainische Volksrepublik und die Bolschewiki die Ostukraine besetzt.

Im nun ausgebrochenen polnisch-sowjetischen Krieg kämpfte die Armee der Ukrainischen Volksrepublik auch nach der Auflösung der Ukrainischen Volksrepublik (Februar 1920) an der Seite der Polen. Lenin und Trotzki versuchten, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln, die Westukraine zu erobern. Die UNR [Ukrainische Volksrepublik],

> *„seit Dezember 1918 beherrscht von dem antikommunistischen Nationalisten Simon Petljura, verlor diesen Eroberungskrieg, obwohl ihr Warschauer Bündnispartner Józef Piłsudski im Polnisch-sowjetischen Krieg an die Seite der Ukraine trat. Im Frühjahr 1921 mußte Petljura sein Land verlassen und gründete anschließend in Tarnow die Exilregierung, die er 1923 auf Druck aus Warschau nach Paris verlegen mußte. Zehntausende flüchteten mit ihm und bildeten eine ukrainische Diaspora in vielen Ländern“ (Kellerhoff)*

Als Heranwachsender erlebte Stepan Bandera, Jahrgang 1909, diese Entwicklungen hautnah mit, auch wenn ihm vieles über die näheren Umstände und die Entwicklungen in der damaligen Westukraine nicht bekannt waren. Von der zwiespältigen Persönlichkeit Simon Petljura zumindest wird er sicherlich einiges gehört haben.

Petljura (1879 – 1926) war eine ambivalente, entsprechend umstrittene Person: „Als führender Politiker der unabhängigen Ukraine trug er die Verantwortung für Pogrome, denen zehntausende Juden zum Opfer fielen. Sein Ansehen bei den ukrainisch-nationalistischen Milizen war hoch, und bei antijüdischen Ausschreitungen wurde der Schlachtruf »Es lebe Petljura« laut“ (Kellerhoff).

Auch wenn dies heute von diversen Historikern relativiert wird: „»Er befand sich damit in einer Zwangslage,« urteilt der Osteuropahistoriker Matthias Vetter: »Energisches Einschreiten gegen die Pogrom-Täter oder auch gegen Publikationen, die gegen Russen, Polen und Juden agitierten, hätte ihn eines erheblichen Teils der Truppen berauben können.« Das erkläre sein Zögern, bevor Petljura die Pogrome mit seiner persönlichen Autorität offen verurteilte“ (Kellerhoff). Dies ändert aber nichts an der Tatsache des brutalen Vorgehens gegen eine nationale und religiöse Minderheit.

Diese Exzesse hatten ihre Wurzeln in der antisemitischen Grundstimmung des eben erst gestürzten Zarenreichs, entsprechend wurde die bürgerliche und die folgende bolschewistische Revolution von den ukrainischen Juden begrüßt. Petljura fiel selbst dieser Gewaltspirale zum Opfer: In Paris wurde er von einem jüdischen Attentäter getötet, der in den Pogromen fünfzehn seiner Angehörigen verloren hatte.

Fortsetzung auf S. 5

Fortsetzung von S. 4

Sein Nachfolger als Präsident der UNR wurde der bisherige Ministerpräsident Andrij Liwyzkyj (1879 bis 1954); dieser agierte wieder aus Warschau, auch wenn das Büro der Exilregierung in Paris verblieb:

> *„Nach der deutschen Besetzung Polens hielt er sich zurück; mit dem Dritten Reich kollaborierte stattdessen der 30 Jahre jüngere Stepan Bandera, der eine offen faschistische und antisemitische Ukraine wollte" (Kellerhoff).*

Mit der Exilregierung hatte Bandera entsprechend nicht viel zu tun: Diese erschien ihm zu gemäßigt. Wie schon erwähnt, zog die SS die Bandera-Gruppe wegen zu vielen Eigenmächtigkeiten aus dem Verkehr und internierte sie in Auschwitz. Mit der veränderten Lage an der Ostfront wurde Bandera wieder gegen die Sowjets aktiviert.

Mit dem Zusammenbruch der Ostfront landeten hunderttausende Ukrainer in Deutschland: Liwyzkyj, der sich in Karlsruhe niederließ, reaktivierte die Exilregierung in Augsburg, die sich 1948 in Ukrainischen Nationalrat umbenannte. Der Nachfolger Liwyzkyjs wurde Stepan Wytwyzkyj, der aus New York den Nationalrat ohne spektakuläre Aktivitäten leitete. Mykola Liwyzkyj, der Sohn Andrij Liwyzkyjs, übernahm die Leitung des Nationalrats 1965.

Mykola Liwyzkyj hielt Verbindung zu der weltweiten ukrainischen Diaspora und versuchte, westliche Politiker für eine unabhängige Ukraine zu gewinnen: „Die Unabhängigkeit der Ukraine von Moskau zu erreichen, war während des Kalten Krieges illusorisch. Zudem erwies er sich eher als autoritär" (Kellerhof). Er starb kurz nach dem Fall der Berliner Mauer.

Auf Liwyzkyj folgte Mykola Plawjuk, der ebenfalls am Kriegsende nach Deutschland geflüchtet war und aus Kanada die Exilregierung leitete. Am 22. August 1992 übertrug Plawjuk die Insignien der UNR Leonid Krawtschuk, dem neu gewählten Präsidenten der Ukraine.

Quelle:

Sven Felix Kellerhoff: Schon einmal kassierte Russland die Ukraine eín (Die WELT vom 2. März 2022: https://www.welt.de/geschichte/article237115581/Krieg-in-Osteuropa-Schon-einmal-kassierte-Russland-die-Ukraine-ein.html

Fortsetzung folgt

Herbert Karl

Thesen, Rainer: Tatort Ukraine.

Völkerrechtliche Betrachtungen.

Mit einem Vorwort von Generalmajor a. D. Jürgen Reichardt.

Hardcover, 212 Seiten, zahlreiche Dokumente und Schlüsselreden, 14,5 x 21 cm, 412 gr, in deutscher Sprache.
ISBN: 978-3-9819738-6-0
24,80 EUR

Zum Inhalt:

Der Krieg in der Ukraine beherrscht die Nachrichten seit Beginn. Ursachen und Verlauf dieses Krieges werden in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert. Propaganda spielt dabei eine nicht zu unterschätzende Rolle. Erschwert wird die Einordnung der Geschehnisse durch mangelnde Nachprüfbarkeit der Meldungen und die vom jeweiligen politischen Standpunkt beeinflußte Wahrnehmung der Fakten ebenso wie der Beweggründe des Handelns auf beiden Seiten. Objektiv beurteilt werden kann hingegen die Rechtslage. Dieses Buch will dem interessierten Beobachter des Zeitgeschehens die völkerrechtlichen Grundlagen vermitteln, die notwendig sind, um sich ein eigenes fundiertes Urteil wenigstens zur Rechtslage bilden zu können. Der Autor, ein erfahrener Jurist, stellt die Rechtsgrundlagen in einer für den juristischen Laien verständlichen Form dar und führt seine Leser anhand der völkerrechtlichen Fakten durch die von Putin vorgetragenen Kriegsgründe. Dabei wirft er einen kritischen Blick auf den Umgang der Großmächte mit dem Völkerrecht und bewertet schlußendlich die deutsche Politik in diesem Problemfeld. 135 Seiten wichtiger Dokumente und „Schlüsselreden" ergänzen diese völkerrechtliche Lagebild.

Der Autor:
Rainer Thesen, Jahrgang 1946, wuchs an der Mosel auf und legte 1966 am humanistischen Friedrich Wilhelm-Gymnasium in Trier sein Abitur ab. Danach trat er als Reserveoffizierbewerber in die Pioniertruppe der Bundeswehr ein. Die Beförderung zum Leutnant d. R. erfolgte 1969. In diesem Jahr nahm er auch das Studium der Rechts- und Staatswissenschaften an der Ludwig-Maximilians-Universität in München auf, das er 1973 abschloß. Danach absolvierte er den Referendardienst beim Oberlandesgericht Nürnberg und legte 1976 die zweite juristische Staatsprüfung ab, um dann in eine Nürnberger Anwaltskanzlei einzutreten. Parallel dazu war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Erlangen-Nürnberg tätig. Rainer Thesen betreut nach wie vor als selbständiger Rechtsanwalt seine Mandanten gerichtlich und außergerichtlich. Als Reserveoffizier war er in den Führungsverwendungen von Zug- bis Brigadeebene eingesetzt. Sein letzter Dienstgrad ist Oberst d. R. Neben seiner beruflichen Beanspruchung findet Herr Thesen noch Zeit für die publizistische Tätigkeit. Unter anderen ist er Co-Autor des Buches „Zweierlei Recht – Die ungleiche Ahndung von Kriegsverbrechen" (2016), Autor der Bücher „Keine Sternstunde des Rechts. Die Nürnberger Prozesse und die Rechtswirklichkeit" (2017), „Deutschland stürzt ab" (2018), „Einspruch! Gegen Politikversagen und Meinungsdiktatur" (2018) und betreibt den Blog „sapere aude!". Diese Bücher können Sie komplett über uns beziehen.

Humorist 12 (17. 1. 1842) 51

‚Einige Worte aus Galizien.'

Verfasser: „Dr. Wilhelm Turteltaub, Rzeszow in Galizien, am Sylvesterabend des Jahres 1841."

Anläßlich seines Berichtes über die Gründung einer Kleinkinderbewahranstalt in Lemberg durch Herrn S. W. Schießler bemerkt der Berichterstatter:

(51) „Mit Bedauern sehe ich immer die Korrespondenz-Nachrichten aus Lemberg in den öffentlichen Blättern erscheinen. Alle wimmeln von Bühnenereignissen, und selten, sehr selten wird darin auf das mit Riesenschritten vorschreitende Galizien aufmerksam gemacht. Es ist dies ein bedeutender Krebsschaden der Zeit, daß sie es zugibt, ja daß sie es sogar fordert, das Hauptaugenmerk in einer Korrespondenz auf das Theater zu werfen. (. .) Einen Wunsch birgt noch das für sein Vaterland warm schlagende Herz, es ist der Wunsch, die Fortschritte des Geistes und des Herzens auch bei den jüdischen Bewohnern Galiziens zu sehen. Die jüdische Bevölkerung in Galizien ist gewiß größer, als die christliche, und welch ein Gewinn für Land und Menschen, wenn auch dieser Teil ermuntert und unterstützt wird. Doch dazu gehört viel, sehr viel, und doch liegen die Mittel nicht allzuweit. Von diesen Mitteln gedenke ich zu seiner Zeit noch Einiges zu sprechen, diesen einen Wunsch, Zeitgeist! Du mächtiger Fürst und Despot! gewähre mir! und Alles wird, unter der Berührung Galiziens, sich vergolden."

Allgemeine Theaterzeitung 170 (18. 7. 1843) 759

‚Feuilleton. Literarisches. (Galizien und die Literatur dieses Landes.)'

(759) „Das *Magazin des Auslandes* enthält hierüber Folgendes: Ein reiches Königreich erstreckt sich von dem nördlichen Abhange der Karpathen bis zur polnischen Grenze, dessen fruchtbare Weizenfelder dem aus Norddeutschland kommenden Reisenden zeigen, wie verdienstlich es ist, durch große Anstrengung seinem kargen Boden ebenfalls seinen Unterhalt abgewinnen zu können. – Dabei gibt es im Lande sehr viele reiche Leute. – Ganze Schiffsladungen Weizen gehen von einer einzigen Herrschaft entweder den San abwärts nach der Weichsel und Danzig, oder den Dniester abwärts nach Odessa. – Auch unter den Kaufleuten in Lemberg und Czernowitz ist großes Vermögen, aber im Ganzen gibt es hier nur Reiche und Arme. – Unter solchen Umständen kann kein reiches Feld für Literatur sein. Dennoch hat die von dem großen Kaiser Joseph gestiftete Universität in Lemberg sehr viel geleistet, aller Unterricht wird deutsch ertheilt. Von hier können wir folgende Literaten nennen: (. .)"

ÖSTERREICHISCHE AKADEMIE DER WISSSENSCHAFTEN
PHILOSOPHISCH-HISTORISCHE KLASSE
SITZUNGSBERICHTE, 590. BAND

VERÖFFENTLICHUNGEN DER KOMMISSION FÜR LITERATURWISSENSCHAFT
Nr. 13

GERTRAUD MARINELLI-KÖNIG

Polen und Ruthenen in den Wiener Zeitschriften und Almanachen des Vormärz (1805–1848)

Versuch einer kritischen Bestandsaufnahme der Beiträge über Galizien, die Bukowina und das polnische Geistesleben insgesamt

VERLAG DER
ÖSTERREICHISCHEN AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN
WIEN 1992

Die Seitenkopie auf der linken Seite:

Gertraud Marinelli-König: Polen und Ruthenen in den Wiener Zeitschriften und Almanachen des Vormärz (1805 – 1848). Versuch einer kritischen Bestandsaufnahme der Beiträge über Galizien, die Bukowina und das polnische Geistesleben insgesamt, Wien 1992, S. 95.

Bereits im *Kurier aus dem Juli-August* verwiesen wir auf das Werk von Frau Gertraud Marinelli-König.
Bemerkenswert ist das offensichtliche Interesse der österreichischen Öffentlichkeit an dem Königreich Galizien und Lodomerien im Vormärz,.

Juri Durkot: Straßen, Namen und Lemberger Familien: Ein Essay über Trans-Formationen einer Stadt,
in: Kathrin Boeckh: Galizien und die Galiziendeutschen (1914 – 1940),
Bildkopie: S. 87

Die vul. Halyc'ka (Galizische Straße), Ecke zum Marktplatz (Rynok). – Foto: J. Durkot

Neues aus dem Osten: Die VAdM-Kolumne von Thomas W. Wyrwoll

Wie alt ist die Nehrungsstadt ?

Offiziell galt noch bis vor wenigen Wochen die amtliche Wahrheit: „Nehrung“ bzw. „Neringa“, die alle Ortschaften der Kurischen Nehrung umfassende Kunststadt, wurde am 15. November 1961 „gegründet“. An diesem Tag hatte man seitens der sowjetlitauischen Verwaltung die verbliebenen nicht zur Stadt Memel gehörenden Dörfer der Nehrung – Nidden, Schwarzort, Preil und das in deutscher Zeit zu Preil gehörende Perwelk – administrativ zu einer „Stadt“ zusammengefaßt.

Ist die Nehrungsstadt also jetzt erst 60 Jahre alt? So recht wollte das Neringas Bürgermeister Darius Jasaitis und dem Gemeinderat nicht einleuchten, und sie hatten daher der litauischen Regierung vorgeschlagen, „ein genaueres, historisch objektives Datum“ für den Ursprung ihrer Stadt festzulegen. Nach Rücksprache mit dem fernen Wilna blieben sie auch selber nicht untätig: Im vergangenen Jahr fand angesichts des vermeintlichen jugendlichrunden Geburtstages in Nidden eine Diskussion statt, bei der sich die Teilnehmer auf den 11. November 1437 als „Ursprungstag“ einigten: Damals sei nämlich, so zitieren zumindest litauische Medien wie Lrytos die in Schwarzort geborene und dort auch weiterhin lebende Historikerin Nijolė Strakauskaitė, eine Doktorin der historischen Wissenschaften der Universität Memel, von welcher übrigens der Vorschlag stammte, das erste Mal eine Steuer für den Niddener Krug, pardon: die – Zitat – „Nidaer Taverne“ – nochmals Zitat – „an das preußische Königreich“ bezahlt worden.

Die Lutherische Kirche von Schwarzort, heute ein Stadtteil von Nehrung / Neringa, stammt aus dem Jahr 1885 und war damit nach offizieller Rechnung bis vor kurzem noch mehr als doppelt so alt wie die Gesamtstadt – was deren Einwohner vom Gefühl her nicht recht zu überzeugen vermochte... (Foto: Lazdynas)

Ob eine Historikerin wenn auch nur für die Kulturgeschichte der Nehrung und die allgemeine Geschichte des Memellandes das wirklich so gesagt hat, wird man hoffentlich bezweifeln dürfen, denn ihr sollte das Selbstkrönungsdatum Friedrich I. / III. 1701 und damit die Entstehung des Königreichs Preußen eigentlich bekannt sein. Als alternatives Gründungsdatum wurde seitens anderer litauischer Historiker vor allem der 7. Juni 1529 vorgeschlagen, als – zumindest wiederum laut Presse – „das königliche Privileg für dieselbe Nidaer Taverne“ erteilt wurde.

Die meiste Zustimmung fand bei einer Abstimmung unter den Fachleuten jedoch das für die sicher auch in Litauen gemeinhin nicht abstinenten Historiker naturgemäß eindrucksvollere Steuerdatum. Da der Gemeinderat diesen Jahrestag inzwischen feierlich abgesegnet hat, kann die Nehrungsstadt in diesem Jahr folglich endlich ihren verdienten bzw. schwer bezahlten 585. Geburtstag begehen.

Für den damit verbundenen Verlust der Möglichkeit zur Feier eines 500. Geburtstages könnten litauische Nationalisten als Ausgleich immerhin bei einiger Ignoranz festhalten, daß die Geschichte der Nehrung mit der deutschen – pardon: „königspreußischen“ – Schröpfung ihrer Bewohner angefangen habe, was einem litauischen Staat freilich niemals eingefallen wäre.

Bürgermeister Jasaitis jedenfalls ist zufrieden: Schließlich würde das sowjetische Datum, an dem bisher jedes Jahr die Geburtstage der Stadt gefeiert worden seien, „nicht die einzigartige, reiche und vielfältige Vergangenheit der Kurischen Nehrung widerspiegeln“. Wer wollte dem angesichts dieses zweifelsohne geschichtsträchtigen und in jeder Hinsicht eindrucksvollen Wunderortes widersprechen?!

von Thomas W. Wyrwoll

Die österreichische Herrschaft in Galizien: Die Galizien-Auswanderung aus der Pfalz

3. Teil

Die planmäßige Ansiedlung in Galizien erfolgte zwischen 1782 und 1790 in einen relativ dichtbesiedelten ländlichen Raum; die Siedlungen entstanden vorwiegend auf staatlichem oder adligem Großgrundbesitz: Es war nicht bloß die Besiedelung von kultiviertem Land, sondern sie sollte eher in einer „qualitativen Ansiedlungsmaßnahme“ münden (Heinz, S. 4).

Insbesondere entstehen die deutschen Streusiedlungen in Ostgalizien, also östlich des San, vorwiegend auf ruthenischem (ukrainischem) Volksgebiet, die

> *„Neusiedler sollen hier v. a. im Bereich der Landwirtschaft, aber auch in Handel und Gewerbe innovativ wirken. Dabei ist die österreichische Regierung auf die räumliche Trennung von Protestanten und Katholiken bedacht, 1784 sind auch (zum ersten und einzigen Male in Österreich) Mennoniten als Einwanderer zugelassen“ (Heinz, S. 4).*

Der Ansturm der Siedler stellte wie auch in anderen Siedlungsgebieten die Behörden vor große Herausforderungen, so konnten die letzten Siedler erst 1790 untergebracht werden. Die Vielfalt der Herkunft der Siedler der neuen Siedlungen ist entsprechend heterogen.

Nach der sogenannten Josephinischen erfolgte die Francisceische, nach Kaiser Franz benannten Ansiedlungswelle:

> *„Abgesehen von fünf Kolonistendörfern, in denen der württembergisch-schwäbische Dialekt (vier Siedlungen: Einsingen, Gassendorf, Neu-Kupnowitz, Makowa) und der badisch-alemannische Dialekt (ein Dorf: Hartfeld) Spuren hinterlassen hatten, setzte sich in den anderen galiziendeutschen Kolonien mit Bewohnern südwestdeutscher Herkunft der pfälzische Dialekt als Umgangssprache durch. Spätere Auswanderer aus österreichischen Gebieten wie Deutschböhmen oder Schlesien kamen in geschlossenen Gruppen, wurden kompakt angesiedelt und behielten in dieser homogenen Atmosphäre über alle in Galizien lebenden Generationen hinweg auch ihre traditionellen deutschen Dialekte bei“ (Heinz, S. 4).*

Bei der Einrichtung „relativ kleiner Kolonien oder Einsiedelungen“ deutscher Familien in bestehende slawische Ortschaften stellte der österreichische Staat „mehrräumige, mit gemauertem Rauchfang versehene Wohn- und Wirtschaftsgebäude samt totem und lebendem Inventar“ zur Verfügung. Bemerkenswert ist, daß Flächen „im bestellten Zustand oder zusammen mit der letzten Ernte bzw. dem Saatgut übergeben“ wurden.

> *„Die josephinischen Patente von 1781 stellen die Einwanderer selbst und ihre ältesten Söhne vom Militärdienst frei, gewähren zehn Jahre Abgabenfreiheit und sechs Jahre Freistellung von Fronarbeit; in der Praxis wurde die Zahl der Freijahre jedoch reduziert. Bis 1790 entstanden 130 josephinische Siedlungen, bis 1805 stieg die Zahl der galiziendeutschen Dörfer auf 184“ (Heinz, S. 4).*

Heinz erzählt eine interessante Anekdote (S. 4f.), die den Zeitkolorit der Einwandererzeit wiedergibt; diese Erzählung

> *„wurde mündlich tradiert und erstmals 1914 von Ferdinand Baumholder veröffentlicht: Wie allen anderen Galizienwanderern, wurde auch den späteren Bewohnern der 1783 neu angelegten evangelischen Pfälzersiedlung Hohenbach während ihres Wien-Aufenthaltes vor dem Weiterzug nach Galizien die Ehre zuteil, von Joseph II. und seiner Frau zu einer kurzen Audienz im Schloß Schönbrunn empfangen zu werden. Das Procedere studierten kaiserliche Beamte mit den Sprechern der Auswanderer ein, die von der Pracht des Empfangssaales erschlagen wurden. Bei Eintreffen des Herrscherpaares sollte der künftige Ortsvorsteher der Gruppe »Hoch lebe der Kaiser!« ausrufen, andere sollten einstimmen. Awwer wie der Schulz sei Maul uffmacht un de Anfang mache wollt mit seinem Sprichelche, ritscht er aus und flicht uff de Bodem so lang er war. De Kaiser vor sich un alles um sich hot er vergeß und kreischt hat naus: »A wann de nore die Kränk krächst!« Der Kurator wie er hört, daß der Schulz eppes g’saat hot, ment, jetzt sei an ihm die Rei’ un ruft treiherzig: »Und die Kaiserin auch!« und der Stallmann (Johann) belwert no: »und das Land auch!«“*

Fortsetzung auf S. 9

Fortsetzung von S. 8

Die punktuelle Ansiedlung hatte offensichtlich den Zweck, die den Kolonisten vertrauten, in Galizien fremden Früchte und landwirtschaftlichen Methoden einzuführen: Die neuen

> *„Kulturen waren Kartoffeln (nicht völlig neu in Galizien, aber erstmals weit verbreitet), Klee, Rhabarber, Saflor (Färberdistel), Runkelrübe, Raps oder Hopfen; auch die hausnahe Anlage von Obstbäumen ist hier zu nennen. Aus Ertragsgründen wandte man sich verstärkt dem traditionellen Tabakbau zu“ (Heinz, S. 5).*

Den Slawen waren in der Viehzucht beispielsweise „das Waschen oder die Haltung und Fütterung im Stall unbekannt, die Pferde waren nicht beschlagen und der Mist nicht zur Düngung genutzt worden“ (Heinz, S. 5).

Zu erwähnen wäre, daß ein Drittel der Verordnungen in polnischer Sprache gedruckt wurden; bereits hier zeichnete sich die Habsburger Politik der einseitigen Bevorzugung des *Polnischen* vor anderen Landessprachen. Zudem sollten Beamte in Vorträgen und Geistliche von der Kanzel die staatlichen Bemühungen unterstützen.

Am Ende noch eine Reisebeschreibung aus der Anfangszeit der pfälzischen Kolonisation:

> *„Das im 18. Jahrhundert beliebte literarische Sujet der Reisebeschreibungen gibt uns die ersten Auskünfte zu den galiziendeutschen Siedlungen abseits der amtlichen Unterlagen, auch über die erwähnten Sonderkulturen. Neben meist positiven Urteilen verschiedener Autoren berichtet Baltasar Hacquet 1789 aus dem galizischen Landestreu, wo ein paar Häuser »schon leer [standen], indem die Besitzer davon so liederlich waren, daß man sie davonjagen mußte.« Im Wirtshaus der nahegelegenen Stadt Kalusz – wo eine Kolonistenfrau »Grundbirn« auf dem Markt verkauft – trifft er zufällig mit dem Schulmeister von Landestreu zusammen, der ihm eingesteht, daß »ein guter Landmann selten sein Vaterland« verließe und auf die Frage nach seiner Herkunft antwortet »ich bin ein Pälzer [Pfälzer], so wie viele der Uebrigen des Dorfs auch aus dem Ringau [Rheingau] und anderen Weingegenden zu Haus sind.« Hacquet schließt für sich, »daß das ganze Gesindel nicht viel nitz sey, indem Weinbauern selten für Kornländer etwas werth, und meistens durstige Brüder sind.« Die Eindrücke seiner Begegnungen mit galiziendeutschen Kolonisten in den ersten Jahren sind eher negativ: »Da ich auf andern Reisen in dem Königreich Gallizien schon mehrere teutsche Kolonien gesehen hatte, so fand ich die meisten von gleichem Schlag, so wie in der Bukowina, jederzeit übelgestaltetes, krüplichstes Volk, so wie es meistens an dem angränzenden untern Rheinstrom zu seyn pflegt, mehr dem liederlichen, als dem arbeitsamen Leben ergeben; Leute, die nur glaubten, sie gingen in das Reich von Oldorado [El Dorado], wo sie nichts zu thun hätten, als sich fortzupflanzen.« Erst 1794 urteilt er wohlwollender über die 1786 gegründete galiziendeutsche Siedlung Mokrotyn Kolonie, hier »ist von pfälzischen emigrierten Bauern eine Rhabarberplantage angelegt worden, die schon gegen acht Jahr währt. Als ich 1792 da war, hatte man schon 36.000 Stücke, wovon schon einige Tausende in diesem Jahr aus der Erde zum Trocknen kommen werden. Man hat vom Hof aus vor einigen Jahren anbefohlen, daß die Mediziner in Lemberg Versuche damit machen sollten; . . . «“*

So unser Gewährsmann Hans Christian Heinz (S. 5).

Quellen:

Historischer Abriss von Hans Christian HEINZ: „In Pohlen ist nichts zu holen.“ Anmerkungen zur Auswanderung aus der Pfalz nach Galizien und zu den deutschen Siedlungen ebendort: (https://www.galizien-deutsche.de/hochgeladen/dateien/Historischer_Abriss_DEUTSCH.H%20.C.Heinz.pdf

Fortsetzung folgt

Herbert Karl

Bild: Deutsch Golkowitz, Wikipedia:

https://de.wikipedia.org/wiki/Galiziendeutsche#/media/Datei:Golkowice_Dolne_zabudowa.jpg

Die Reichsgründung 1871:
Die schleswig-holsteinische Frage und die europäischen Großmächte

Teil 13

Die Stimmung in der deutschen Öffentlichkeit war auf das Risiko eines bewaffneten Konflikts – auch wegen der Erfahrung der Intervention der europäischen Mächte während der Revolution 1848/49 – ausgerichtet, auch wenn es bei Historikern und Intellektuellen entsprechende Bedenken gerade im Hinblick auf eine erneute Einmischung Frankreichs oder gar Rußlands in die deutsche Politik gab. Eine politische Entscheidung mußte deshalb darauf ausgerichtet sein, eine wiederholte Einmischung der Großmächte unter allen Umständen zu vermeiden. – Einen solch breitgefächerten politischen Diskurs hätte man auch heute bezüglich der vorbehaltlosen Unterstützung der Ukraine zum Jahreswechsel 2021/22 erwarten können.

Das Drängen insbesondere des preußischen Nationalvereins auf eine Vereinnahme der Elbherzogtümer verhallte nicht unwidersprochen: Auf diese deutsche Stimmungslage geht neulich auch Harald Biermann im Detail ein (Biermann, S. 166ff.).

Wie bereits in den Revolutionswirren gingen die Schleswig-Holsteiner davon aus, daß die beiden Herzogtümer unter einem *eigenem* Fürsten dem Deutschen Bund angegliedert werden würden. Dies hätte, wie erwähnt, aus den politischen Machtverhältnissen – der Neutarierung der Bundesverhältnissen – heraus, allerdings keine realistischen Erfolgschancen gehabt. So funktionierte die Lösung der schleswig-holsteinischen Frage nur über eine „Etappe“: Einer Zwischenlösung über Preußen. Daß letzteres selbst nach dieser Etappe, in einer *dritten* Etappe – dem deutsch-französischen Krieg 1870/71 – in Deutschland aufgehen würde, war 1863 noch nicht absehbar.

Dementsprechend gelten die Kriege 1864 und 1866

> *„von der politischen und militärischen Führung in Preußen noch als klassische Kabinettskriege, ohne Rücksichtnahme auf parlamentarische Befindlichkeiten, die »öffentliche Meinung« oder gar die Wünsche der deutschen Nationalbewegung, sondern allein unter den Prämissen der preußischen Staatsinteressen, wie sie vor allem von Otto von Bismarck definiert, geplant und geführt worden. Auch viele damalige Zeitgenossen sahen dies nicht anders“ (Ganschow, S. 15).*

Allerdings mußte auch Bismarck vorsichtig taktieren, denn die preußische Abgeordnetenkammer forderte im heißen Herbst 1863 die sofortige Anerkennung des Augustenburgers und „die Unterstützung bei der Geltendmachung seiner Rechte. Otto von Bismarck wies das Ansinnen zurück, indem er darauf verwies, daß die Regierung durch die Londoner Protokolle gebunden sei; an der Vertragstreue Preußens dürfe kein »Zweifel haften«“ (Ganschow, S. 71).

> *„Aber Vertragstreue verlangte Bismarck auch von Dänemark: Preußen „werde »nach Maßgabe seiner Stellung als europäische Macht und als Bundesglied für das deutsche Recht in den Herzogthümern und für sein eigenes Ansehen im Rathe der Großmächte mit besonnener Festigkeit einstehen«“ (Ganschow, S. 71).*

Durch das Festhalten am Völkerrecht gelang es Preußen, Dänemark zu isolieren. Andererseits nutzte Bismarck die österreichische Angst „vor einer Entfesselung der nationalen Leidenschaften aus“ und forderte die Regierung in Wien auf, mit Preußen zusammen vorzugehen. Der österreichische Außenminister Johann Bernhard Graf von Rechberg erklärte im Wiener Abgeordnetenhaus am 4. Dezember 1863, daß Österreich mit Preußen sich im Vorgehen gegen Dänemark einig wäre (Ganschow, S. 72).

Auch wenn Bismarck die »up ewig Ungedeelten«, die Herzogtümer, als Fernziel durch Preußen einverleiben wollte (Ganschow, S. 76), so war – wie im Nachhinein von seinen deutschen und ausländischen Kritikern kolportiert wurde – ein Krieg gegen Dänemark nicht die *erste* Option, auch wenn er diesen als Mittel nicht ganz ausschloß:

> *„Eine einseitige Festlegung auf den Krieg entsprach nicht dem Vorgehen Bismarcks bei außenpolitischen Fragen. Krieg war für Bismarck zwar ein Mittel zur Erreichung bestimmter politischer Ziele, aber kein Selbstzweck, denn leichtfertig einen Krieg vom Zaun zu brechen, lehnte er ab. Wenn er jedoch von der Notwendigkeit eines Krieges überzeugt war, um die Staatsinteressen Preußens zu wahren, dann scheute er freilich nicht davor zurück, einen Krieg herbeizuführen, »unabhängig von der eher moralischen Frage, ob es sich um einen gerechten Krieg handelte oder nicht«“ (Ganschow, S. 75, hier rekurriert Ganschow auf: Epkenhauns, Michael: Bismarck und der Krieg, In: Siegessäule, S. 25).*

Vermittlungsversuche Großbritanniens, das auch vorübergehend eine Berücksichtigung deutscher Interessen verlangte, führten nicht zu einem dänischen Nachgeben; entsprechend beschleunigte sich die Eskalationsspirale: Der Bundestag beschloß am 1. Oktober 1863 die Einleitung der Bundesexekution gegen Dänemark. Dieses antwortete mit der Verabschiedung der Novemberverfassung für Dänemark und

Fortsetzung auf S. 11

Fortsetzung von S. 10

Schleswig am 13. November. Am 16. November wurde Prinz Christian aus der Nebenlinie Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg entsprechend dem Londoner Protokoll als Christian IX. König von Dänemark, Herzog von Schleswig, Holstein und Lauenburg ausgerufen.

Im Gegenzug erklärte sich Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg am 17. November1863 als Friedrich VIII. zum legitimen Nachfolger Friedrichs VII. in den Herzogtümern Schleswig-Holstein (Ganschow, S. 316). Ende November verstärkte die dänische Regierung ihre Truppen in Holstein, „zudem liefen »2 Schraubenfregatten, 2 Korvetten und 2 Panzerschoner« in die Ostsee aus“ (Ganschow, S. 78).

Das liberale und nationale Deutschland erklärte sich mit Friedrich VIII., dem „Augustenburger“, solidarisch: Am 7. Dezember 1863 beschloß der Bundestag die Bundesexekution gegen Holstein und Lauenburg;

> *„Dabei ging es dem Deutschen Bund weniger um eine Einmischung in die dänischen Thronfolgefrage, sondern vielmehr um die Rückgängigmachung der dänischen Maßnahmen in Bezug auf die Trennung der Herzogtümer“ (Ganschow, S. 78).*

Am 12. Dezember wurde der dänischen Konseilspräsident, Carl Christian Hall, von Bismarck über den Beschluß der Bundesexekution informiert und aufgefordert, innerhalb von sieben Tagen die dänischen Truppen aus Holstein abzuziehen. Zudem kündigte Bismarck die Übernahme der Verwaltung Holsteins durch Zivilkommissare des Deutschen Bundes an.

Das dänische Kabinett war *nicht* bereit, auf ihre Pläne zu verzichten, versuchte den Vorwand der Bundesexekution zu nehmen, indem sie das Märzpatent – die verfassungsrechtliche Trennung Holsteins von Schleswig – aufhob:

> *„Da es aber an der faktischen Einverleibung des Herzogtums Schleswig festhielt, weil die Regierung Hall die Novemberverfassung nicht suspendierte, sahen sich Preußen und Österreich sowie der Deutsche Bund weiterhin im Recht“ (Ganschow, S. 78f.).*

In Kopenhagen hoffte man auf eine britische, aber auch auf eine schwedische Unterstützung, die der schwedische König Karl XV. schon 1857 versprochen hatte: Von einer hierbei erneut angedachten skandinavischen Union erhoffte man sich eine stärkere Position gegen den Deutschen Bund (Ganschow, S. 79).

Um einen drohenden Krieg zu vermeiden, übten Großbritannien, Frankreich und Rußland Druck auf Dänemark aus und verlangten, die Aufhebung der Novemberverfassung und die Einhaltung der Londoner Protokolle. Von Preußen und Österreich forderten die Briten, „keine Maßnahme gegen Dänemark zu ergreifen und sich einer weiteren Einmischung in die inneren Verhältnisse des dänischen Gesamtstaates zu enthalten.“ Der britische Außenminister, John Russell, hatte schon 1859 geklagt, „daß die Situation in den Elbherzogtümern »ein so verwickelter Knoten« sei, »daß niemand je im Stande sein wird, ihn zu lösen, und ich wäre bekümmert, wenn er mit dem Schwerte durchgehauen würde«“ (Ganschow, S. 81). Russell intensivierte den Druck auf die deutsche Seite, „übte jedoch Zurückhaltung gegenüber der dänischen Regierung, die für die Zuspitzung des Konfliktes verantwortlich war“ (Ganschow, S. 81).

Eine gemeinsame diplomatische Demarche Englands, Frankreichs, Rußlands und Schwedens scheiterte; danach lehnte Russell im November 1863 auch den Vorschlag Frankreichs einer internationalen Konferenz in Paris ab. Premier Henry John Temple Palmerston warnte die deutsche Seite vor einer Eskalation und strebte sogar eine britische Intervention in den Herzogtümern an; der dänischen König sollte

> *„»freie Hand und möglichst effektive Unterstützung erhalten, wenn sich der Deutsche Bund von den Verträgen löse«. Die Besetzung von Schleswig sei ein »act of war which would in my clear opinion entitle Denmark to our active military and naval support«“ (Ganschow, S. 82).*

Bereits hier zeichnete sich eine Konstante der britischen Außenpolitik ab, die auf eine Eindämmung des Einfluß Deutschlands hinzielte und sich auch im Verlauf des Krieges immer wieder äußerte.

Der Druck der europäischen Mächte bewirkte in Dänemark nur wenig: In der Sache gab man *nicht* nach und erklärte sich lediglich bereit, militärisch hinter die Eider zurückzuziehen. Die Entlassung Halls durch Christian IX. bewirkte auch nichts, denn kein Politiker war gewillt, „angesichts der verfahrenen Lage die Führung des Kabinetts zu übernehmen.“ Erst am 31. Dezember 1863 übernahm Detlev G. Monrad die Regierungsgeschäfte, während sich der König zu seinen Truppen begab.

Inzwischen war eine Lösung schon fast aussichtslos, denn bereits am 23. Dezember hatten sächsische Truppen die Grenze des Herzogtums Lauenburg bei Büchen überschritten.

Literatur

Harald Biermann: Ideologie statt Realpolitik. Kleindeutsche Liberale und auswärtige Politik vor der Reichsgründung, Berlin 2006.
Jan Ganschow, Olaf Haselhorst, Maik Ohnezeit (Hrsg.): Der Deutsch-Dänische Krieg 1864. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen, Graz 2013.

Fortsetzung folgt

Herbert Karl

Dr. phil. Rudolf Hollinger: Ein bewegtes Leben in unruhigen Zeiten
Teil 4: Der Dramatiker

Nach seiner Umsiedlung in die Bundesrepublik diktierte Rudolf Hollinger– nach einer Augen-OP war er erblindet – geduldig seiner Frau seine Erinnerungen an die Zeit in Rumänien in die Schreibmaschine.

Diese Aufzeichnungen sind in der Wochenschrift *Der Donauschwabe* 1999 bis 2002 in mehreren Folgen erschienen. Sie handeln die Zeit Hollingers als Gymnasiallehrer, Hochschullehrer, die Zeit beim rumänischen Militär und die nicht einfache Zeit beim Temeswarer Metallbetrieb *Technometal*, das offenbar schon seinerzeit der Verbannungsort deutscher Dissidenten unter der Regie des Geheimdienstes war . . .

Trotz dieser angerissenen Themen

> *„ist aber die Beziehung Hollingers zur deutschen Sprache, zur Weltliteratur, zu künstlerischen Werten; es sind Lebenserinnerungen eines klassisch geschulten Literaturkenners“ (Dama, TR, S. 103).*

Thematisch beschäftigte sich Rudolf Hollingers *dramatisches* Werk mit *zwei* Themen: Kunst und Geschichte. Das Drama ist bei ihm das Vehikel, seinen Schauspielfiguren die eigenen Anschauungen insbesondere über Kunst zu artikulieren.

Bild: Zweisprachige Anzeige der Vorstellung von Rudolf Hollingers Drama ***Wenn sich die Wege nur kreuzen.***

Entsprechend spielen seine Dramen sich im intellektuellem Milieu ab: Wenn dies dem Leser oder Zuschauer auch unter Umständen überfordert, bringen diese oft langen Monologe tiefgreifende philosophische Betrachtungen zu Tage, „wobei immer wieder der Drang nach Vermittlung verschiedenster Art – sei sie literarisch, historisch, pädagogisch oder kosmographisch – hervorsticht“ (Dama, Heimatblatt, S. 44)

Die kreativste Zeit als Dramatiker hatte Hollinger in den dunklen 1960ern, als er als Lehrer und Hochschullehrer Berufsverbot hatte. Entsprechend spielt sein Das Porträt. Geschichte einer Liebe in Künstlerkreisen Ende der fünfziger Jahre. Das Drama in drei Aufzügen spielt im Atelier eines Mahlers, das Treffpunkt mehrerer Künstler wird, hierbei verliebt sich der Mahler auch noch in sein Modell. Dieses kommt allerdings aus einer dem Künstlermilieu »anderen Welt«, entsprechend dreht sich die Handlung nur noch um das Modell: Garniert wird die Handlung durch einen Diskurs über die verschiedensten Kunstsparten hinweg.

Diese Handlungsmaxime gilt ebenfalls für die „dramatische Studie“ *Wege und Wege* oder *Wenn sich die Wege nur kreuzen*, die ebenfalls in Intellektuellenkreisen Mitte der fünfziger Jahre irgendwo in Europa abspielt: Ein Schriftsteller und seine „Verehrte“ kommen in ihrer angestammten Umgebung nicht mehr zu recht, beschließen dies zu ändern. Doch hierzu fehlt nicht nur die Entschlossenheit, sondern auch der Mut; am Ende scheitern sie: „Man kann die Welt nicht aus ihren Angeln heben“ (Dama, TR, S. 108).

Das dramatische Gedicht *Der Bogenstich* in drei Aufzügen befaßt sich erneut mit dem Problem einer intellektuellen Familie: „Gesellschaftskritische Züge sowie eine gehobene, gewählte Sprache lassen das Stück bedeutend erscheinen“ (Dama, TR, S. 108).

Fortsetzung auf S. 13

Fortsetzung von S. 12

Rudolf Hollinger schrieb zwei historische Dramen die Bühnenwerke *Echnaton, König von Ägypten* und *Die Feuerkrone oder Dózsas Kampf und Verklärung*. Letzteres wurde im Kurier aus dem Oktober und Dezember 2021 ausführlich besprochen. Das Drama *Echnaton* in vier Aufzügen spielt im Neuen Reich im letzten Regierungsjahr König Echnatons, „ursprünglich Amenhotep IV., aus der 18. Dynastie:“ Er regierte ca. 1375 bis 1358 vor Chr. und verstarb im Alter von etwa dreißig Jahren.

Beide Dramen Hollingers entstanden zwischen November 1958 und Februar 1959 als er, wie erwähnt, als unqualifizierter Arbeiter seinen Lebensunterhalt zwangsverpflichtet – Arbeitslose gab es im Kommunismus entsprechend keine – verdienen mußte. O-Ton des Autors:

> *„Unter dem Druck der entsetzlichen drei Wintermonate ist wie ein Edelstein mein ‚Echnaton‘ entstanden“ (Dama, Heimatblatt, S. 44)*

Literatur

Hans Dama: Rudolf Hollinger: Lehrer, Musikliebhaber, Dichter und Dramatiker, in: Temeschburger Heimatblatt 2021 (Dama, Heimatblatt).
Hans Dama: „Die Zeit sorgt dafür, daß sie vergehe“. Rudolf Hollinger – Temeswarer Schriftsteller, Philologe und Pädagoge, Profile, Transylvanian Review, Vol. XXX, No. 1 (Spring 2021) (Dama, TR).

Fortsetzung folgt

Herbert Karl

Rumänien 1987: Hungerrevolte in Kronstadt gegen den kommunistischen Diktator Ceauşescu

Am 15. November 1987 – einem Wahlsonntag für die kommunalen Volksräte – stürmten aufgebrachte Arbeiter in Kronstadt (rum. Braşov) die Büros der einzigen kommunistischen Partei und die des Bürgermeister, verwüsteten diese, plünderten die für die Parteiparty der Parteibonzen vorgesehenen Lebensmittel und legten Feuer:

> *„Würste, Käse, Schweineschmalz, Konfekt und Apfelsinen, alles Waren, die Brasovs Bürger schon seit Jahren nicht mehr zu kaufen bekommen, landeten auf der Straße. Bei einer Schlägerei im Rathaus mit dem Wachpersonal gab es Schwerverletzte, einige Augenzeugen berichteten sogar von zwei Toten. Bürgermeister Calancea, der einen Schlag mit einem Knüppel auf den Kopf bekommen hatte, mußte ins Krankenhaus gebracht werden“ (SPIEGEL, S. 154).*

Auslöser der Revolte war die Forderung der Kombinatsleitung des Lastwagenherstellers „Steagul Roşu“ (Rote Fahne) an die Nachtschicht – im sozialistischen Rumänien wurde auch Samstag malocht –, *geschlossen* zu den Wahlurnen zu gehen.

> *„Mehr als 1500 Arbeiter, ohnehin wegen bevorstehender Lohnkürzungen erbost, marschierten Richtung Innenstadt und bekamen Zulauf von allen Seiten. Die Ortspolizei, die den Zug zunächst für eine Pro-Ceausescu-Demonstration hielt, griff nicht ein.*
> *Am Ende waren es fast 5000 Menschen, die das Rathaus und die Parteibüros besetzten. Sie machten ihrer Wut Luft über ein von oben verordnetes Sparprogramm, das den Rumänen nun schon den vierten Hungerwinter hintereinander beschert“ (SPIEGEL, S. 154).*

Mit massiven Einsatz der Sicherheitskräfte sowie der Armee mit Schützenpanzern konnte der Aufstand unterdrückt werden: „Mehr als 400 »Rädelsführer« wurden verhaftet, fast die Hälfte davon – so inoffizielle Berichte – gehörte der deutschen Minderheit an. Alle Häftlinge kamen in Gefängnisse nach Bukarest, aus Furcht vor weiteren Aufständen“ (SPIEGEL, S. 154).

In den gleichgeschalteten Medien wurde nichts über die Vorkommnisse in Kronstadt verlautet. Nicolae Ceauşescu, der rumänische C*onducator* (dt. Führer), und seine Genossen wurden von dem Aufbegehren in der Provinz völlig überrascht: Der Direktor der *Roten Fahne* und weitere Funktionäre wurden abgesetzt.

Ceauşescus „Hang zur Gigantomanie“ führte seit den 1960ern zu einer überhasteten Industrialisierung, zum Nachteil der Landwirtschaft, der die Arbeitskräfte abwanderten. Hochwertige Lebensmittel wurden gegen harte Devisen nach Ost – u. a. nach Polen, während der *Solidarność-Bewegung* – und den Westen verscherbelt, um die Auslandsschulden so schnell wie möglich abzubauen. Er meinte, die völlige Schuldenfreiheit „sei der Garant für eine unabhängige Außenpolitik“ (SPIEGEL, S. 156).

Fortsetzung auf S. 14

Fortsetzung von S. 13

Um aber die inzwischen stark aufgebaute „petrochemische“ Industrie – trotz versiegender Erdölquellen – am Laufen zu halten, mußte Erdöl importiert werden:

> *„Als Ausweg blieb nur, entweder teures Erdöl gegen Devisen zu importieren oder den ungeliebten Nachbarn, die Sowjet-Union, um Hilfe zu bitten. Moskaus Öllieferungen sind in den letzten Jahren von zwei auf über sechs Millionen Tonnen gestiegen. Aber auch der Kreml läßt sich in harten Dollars bezahlen – oder mit Waren von hoher Qualität, in letzter Zeit vor allem Fleisch und Getreide“ (SPIEGEL, S. 155).*

Ein rigoroses Sparprogramm wurde von oben angeordnet:

> *„Seit 1981 sind Grundnahrungsmittel wie Fleisch, Brot, Zucker und Speiseöl rationiert, seit vier Jahren müssen die Rumänen jeden Winter immer mehr elektrische Energie einsparen - in diesem Jahr noch einmal 30 Prozent zusätzlich.*
> *Die Raumtemperatur, so das Dekret, darf in Privatwohnungen, aber auch in Amtsstuben, 12 Grad nicht überschreiten (bei Außentemperaturen, die im rumänischen Winter häufig auf 30 Minusgrade absinken). Elektrisches Licht gibt es pro Wohnung nur in einem Zimmer aus einer trüben 40-Watt-Birne.*
> *Elektrische Haushaltsgeräte oder gar Heizsonnen sind bei hohen Strafen verboten. Ortschaften und Vierteln, die das zugestandene Limit überschreiten, wird der Strom stundenweise ganz abgestellt – mit dem Ergebnis, daß in einem Bukarester Krankenhaus die Frühgeborenen in den Brutkästen erfroren.*
> *Die Geschäfte sind meist so leer, daß sich noch nicht einmal mehr Käuferschlangen anstellen, außer fauligen Kartoffeln und welkem Kohl ist selten etwas zu haben.*
> *Die Lebensmittel-Rationen sind inzwischen so karg bemessen wie in den schlimmsten Kriegsjahren: pro Person 300 Gramm Brot täglich, im Monat drei Liter Milch, 315 Gramm Butter, neun Eier und 1,42 Kilogramm Geflügel, das oft nur aus Köpfen und Gekröse besteht“ (SPIEGEL, S. 155f.).*

Die Reaktion der Bevölkerung: Auf einer Mauer aus Kronstadt: „»Ob wir verhungern, erfrieren oder erschossen werden, das ist uns egal«“ und ein Siebenbürger Sachse meint: „»Unsere Region, die einmal die blühendste im ganzen Land war, ist ausgebrannt wie Deutschland nach dem Dreißigjährigen Krieg«“ (SPIEGEL, S. 156).

Dem Conducator gelang es bis Herbst 1989, also kurz vor der sogenannten Revolution, die Rückführung der rumänischen Auslandsschulden. Auf einem amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffen vor Malta wurde beschloßen, daß Nicolae Ceauşescu zum Rücktritt gezwungen werden müsse . . .

Quelle:
https://www.spiegel.de/politik/welker-kohl-a-c503c1d7-0002-0001-0000-000013527838

Herbert Karl

VAdM—Reiseziel:

Reiseziel: Vilnius

Vilnius (russ. Wilna) ist die Hauptstadt der Republik Litauen.
Gegründet im 10. Jahrhundert, wurde es 1323 die Hauptstadt des Großherzogtums Litauen und geriet 1795 im Zuge der dritten polnischen Teilung unter russische Herrschaft.

In der Auseinandersetzung mit dem Deutschen Orden verbündete sich das Großherzogtum mit Polen, mit dem es eine Personalunion bildete. Entsprechend war der polnische Einfluß auf Litauen und Vilnius dominierend. Durch seinen Ruf einer liberalen Stadt entwickelte sich im 15. Jahrhundert zu einem Zentrum jüdischer Kultur, gleichzeitig zu einem Zentrum der Orgelmusik.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde Litauen unabhängig von der Sowjetunion, aber im Zuge des Hitler-Stalin-Paktes wurde das Land – das heute eine radikale antirussische Position einnimmt – am 17. September 1939 wieder unter sowjetische Herrschaft. Seit Ende 1991 ist Litauen wieder unabhängig, wurde Mitglied der EU und der NATO.

Die Großstadt an der Neris (auch Willia genannt) hat über fünfzig Kirchen; Sehenswert: Die Stanislauskathedrale aus dem 14. Jahrhundert (1777 bis 1801 klassizistisch umgebaut), die gotische Johanniskirche (14. Jahrhundert), Annenkirche aus dem 16. Jahrhundert, die barocke Peter-Pauls-Kirche (17. Jahrhundert) und die St-Theresia-Kirche ebenfalls aus dem 17. Jahrhundert. Bemerkenswert ist auch das Stadttor Ostra Brama mit dem wundertätigen Marienbild.

Vilnius (Wilna), Litauen

Oben links: Tor der Morgenröte; oben rechts: Annenkirche

Unten: Stanislauskathedrale mit Glockenturm

Bilder: wikipedia-Abruf (29Oktober2022)

HOH(L)SPIEGEL:

„Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung muß wach gehalten werden!“

Schrieb uns S. K.
HK

Bildnachweis:

Karten, Bilder und Graphiken stammen—wenn nicht extra gekennzeichnet - aus Privatsammlungen oder von offiziellen AfD-Seiten.

Red./HK

Impressum

SPRECHER Herbert Karl:
0175 9036144
SPRECHER Vadim Derksen:
0176 82072670

STELLV. SPRECHER :
Martina Kempf
Martin Schmidt, MdL

ANSCHRIFT:
Grösselbergstr. 7
75331 Engelsbrand

SPENDEN Sparkasse Pforzheim-Calw I
BAN: DE33 6665 0085 0008 9636 65
www.vadm-afd.de

E-Mail:
kontakt@vadm-afd.de